

II- 283 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

A N F R A G E

Präs.: 1979 -10- 19

No. 530-NR/79

des Abgeordneten Dr. König
an den Präsidenten des Nationalrates
betreffend Mißachtung des parlamentarischen Anfragerechtes
durch den Bundeskanzler

In der parlamentarischen Fragestunde vom 10. Oktober 1979 erkundigte sich der Abgeordnete Dr. Lanner in einer Zusatzfrage zur Anfrage 30/M danach, was "eigentlich die vielen Staatssekretäre dem Steuerzahler pro Jahr" kosten. Darauf antwortete Bundeskanzler Dr. Kreisky wie folgt: "Sie kosten nur einen Bruchteil dessen, was Sie annehmen. Herr Staatssekretär Dr. Löschnak hat sich sogar die Mühe gemacht auszurechnen, was ein vom Bund bezahlter Staatssekretär pro Person kostet. Ich nehme jetzt nur die geringe Zahl der vom Bund bezahlten Staatssekretäre verglichen zur Bevölkerung. Das wird Sie interessieren: Gerechnet auf jeden, den der Bund bezahlt, macht ein Staatssekretär 21 Groschen monatlich aus. Die sich noch ergebenden Fragen bin ich gerne bereit, bei späterer Gelegenheit zu beantworten."

Diese Aussage des Bundeskanzlers steht im Widerspruch zu § 94 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates, wonach das "befragte Mitglied der Bundesregierung" verpflichtet ist, "die Anfragen mündlich in derselben Sitzung, in der sie aufgerufen werden, zu beantworten". Darüber hinaus stellt die Antwort des Bundeskanzlers eine Verhöhnung des Parlaments und eine Erschwerung der Kontrolltätigkeit des Nationalrates dar.

Der unterfertigte Abgeordnete richtet daher an den Präsidenten des Nationalrates gemäß § 89 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Nationalrates folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie, Herr Präsident, der Auffassung, daß die oben zitierte Antwort des Bundeskanzlers auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Lanner zur mündlichen Anfrage 30/M in der Fragestunde vom 10. Oktober 1979 dem Geist und dem Wortlaut der Geschäftsordnung entspricht ?
- 2) Wenn nein, werden Sie den Bundeskanzler auf diese Mißachtung des parlamentarischen Anfragerechtes hinweisen ?
- 3) Was werden Sie unternehmen, um zu verhindern, daß in Zukunft durch Mitglieder der Bundesregierung die Kontrolltätigkeit des Nationalrates erschwert und die Volksvertretung als Ganzes desavouiert wird?